

Kommentare zu Zeitfragen

Die Stimme der Anderen

Frédéric Walthard

Band II

Wird der EWR plötzlich wieder eine gute Lösung? Im Zusammenhang mit Maastricht II

Ein neues Stadium in der Schweiz - Europa - Diskussion zeichnet sich ab:

Das kleinere Uebel wäre, jetzt die bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU rasch zu einem einigermassen annehmbaren Abschluss zu bringen, um dann eine neue Europa-Strategie zu entwickeln. Gleichzeitig wäre das offizielle Beitritts-gesuch aus dem Jahre 1992 zurückzuziehen. Dieses Vorgehen hätte verschiedene Vorteile:

Die Beitrittsgegner müssten anerkennen, dass es dem Bundesrat mit dem Suchen einer anderen Lösung als der Beitritt ernst ist. Das gäbe die Möglichkeit, wieder eine geschlossene Front hinter den schweizerischen Unterhändlern in Brüssel zu bilden. Das könnte sich nur positiv auswirken. Jedenfalls wäre es für gewisse Kreise der EU nicht mehr möglich, wie bisher, in der Schweiz Beitritts-Befürworter und -Gegner gegeneinander auszuspielen.

Zudem gäbe der Rückzug des Beitritts-gesuchs denjenigen Mitgliedstaaten der EU, die der Schweiz gegenüber positiv gesinnt sind (und davon gibt es mehr als man glaubt), Gelegenheit, erneut darauf hinzuweisen, dass gleich wie für die Mittel- und Osteuropäischen Staaten auch für unser Land eine besonders angepasste Lösung zu finden sei. Schliesslich handle es sich um ein Land, das im Zentrum Europas liege und auf das auch die EU in vielerlei Hinsicht für ihr Funktionieren angewiesen sei: Abgesehen von den doch beträchtlichen finanziellen Beiträgen, die dabei heraus-schauen könnten.

Neuerdings sind innerhalb der EU, aber auch in der Schweiz, vermehrt Stimmen laut geworden, die einer Wiedererwägung eines Beitritts der Schweiz zum EWR das Wort sprechen. Der

Initiator des EWR-Gedankens, Jacques Delors, war ja schon immer der Auffassung, dass die Schweiz als treibende Kraft der Efta auch die treibende Kraft im EWR hätte sein können...

Das heutige Dahinsiechen dieses Instruments wird in EU-Kreisen vor allem deshalb bedauert, weil sich der EWR, natürlich mit einigen Anpassungen, als die ideale Lösung für den Brückenschlag zu den Mittel- und Osteuropäischen Ländern anbietet. Er ist mehr als eine blosse Freihandels-zone und bietet besonders auf wirtschaftlichem Gebiet eine enge Bindung zur EU, ohne gleich eine Vollmitgliedschaft notwendig zu machen. Damit könnte vermieden werden, die heute ohnehin kaum mehr zu meisternde Beschlussfassung „à 15“ noch mehr zu belasten.

Deutschland, aber auch andere EU- Staaten, haben den Maastricht II Verhandlungen in Turin das Problem der Erweiterung und in diesem Zusammenhang die Frage einer eventuellen Revitalisierung des EWR (so vor allem im Hintergrund Delors) in die Arbeitsagenda vorgemerkt.

Eine der Kernfragen ist dabei, den mittel- und osteuropäischen Staaten in einem entsprechend angepassten EWR-Vertrag ein besseres Mitspracherecht einzuräumen, als dies seinerzeit gegenüber den Efta - Staaten der Fall war: Etwa im Sinne des seinerzeit vom schweizerischen Delegationschef, Staatssekretär Franz Blankart, vorgeschlagenen „opting out“, das irgendwie seinen Niederschlag findet in den Vorschlägen des CDU-Vorsitzenden Schäuble eines Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten oder sich gegenseitig überlappender Kreise - Vorschlag des ehemaligen französischen Premierministers Edouard Balladur.

Die Verhältnisse haben sich inzwischen allein schon mit Rücksicht auf Russland und die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken geändert, die nur darauf lauern, diese mittel- und osteuropäischen Staaten wieder in ihren Griff zu bekommen oder in eine Art Wirtschaftsgemeinschaft (wie sie sich heute

wieder abzeichnet) einzufangen. Zudem ist bei diesen Ländern mehr Rücksicht auf ihren immer noch besonders empfindlichen Nationalstolz zu nehmen als dies seinerzeit der Schweiz gegenüber bei den EWR-Verhandlungen getan wurde. Wenn diese Staaten heute möglichst rasch der EU beitreten möchten, so dürfte diese Begeisterung bei einer länger dauernden Uebergangszeit kaum anhalten.

Für Deutschland aber auch die anderen EU-Nachbarn dieser Staaten ist es deshalb wichtig, kurzfristig eine attraktive und rasch verwirklichtbare Lösung zu finden. Die Meinungen gehen dahin, dass dies ein revitalisierter und neu angepasster EWR sein könnte.

Je nach dem Verlauf der Verhandlungen in Turin inbezug auf die Erweiterung der EU könnte der EWR somit auch für unser Land wieder interessant werden! Auf jeden Fall wäre schwierig einzusehen, warum die EU nicht bereit sein sollte, uns ein gleichwertiges Mitsprachrecht, wie den mittel- und osteuropäischen Staaten, einzuräumen.

Schliesslich wäre die Schweiz, im Hinblick auf eine solche Eventualität, nicht schlecht beraten, die bilateralen Verhandlungen möglichst rasch zu einem einigermaßen annehmbaren Abschluss zu bringen. Auch wenn dabei gewisse Konzessionen zu machen wären, die ja ohnehin zum Teil bereits in der Praxis zur Anwendung gelangen bzw. toleriert werden.

Gleichzeitig sollte der Rückzug des Beitrittsgesuchs dazu benützt werden, um der EU mit aller Klarheit zu zeigen, dass wir sowohl inbezug auf die bilateralen Fragen als auch inbezug auf eine Neuregelung des Mitspracherechts im EWR nicht bereit wären, unter gewisse minimale Forderungen zu gehen; gegebenfalls aber ein äusserst nützlicher Partner sein könnten beim Lösen ihrer Erweiterungsprobleme in Mittel- und Osteuropa, insbesondere durch eine intensive Mitarbeit bei einer Revitalisierung der Efta und des EWR.

Orig. Text vom 2.Apr. 96, publ. bz 10.Mai 96.

Humanitäre Aktionen müssen geschützt werden **Zum Tod von drei Schweizer-Rotkreuzhelfer**

Das Gedächtnis unserer Zeit ist sehr kurz: Vergessen sind Ruanda, wo tausende hilfloser Menschen hingemetzelt wurden. Vergessen alle die Opfer in Bosnien und überall auf der Welt.

Fast ebenso rasch vergessen sind die Opfer der Menschen, die sich zu tausenden selbstlos und mutig, in ständigem Einsatz unter den unmöglichsten Bedingungen darum bemühen, humanitäre Hilfe bringen. So ist auch schon der 4.Juni 1996 verblasst, an dem drei Schweizer Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Burundi den Tod fanden. Ein Tod, der hätte vermieden werden können: Nicht etwa nur weil der Rückzugsbefehl zu spät kam, sondern weil man nach wie vor, vornehmlich aus hochdiplomatischen Ueberlegungen, in Genf nicht wahrhaben will, dass nirgendwo auf dieser Welt humanitäre Hilfe ohne einen permanenten, wirksamen militärischen Schutz möglich ist.

Auf diese Erkenntnis wurde bereits am 27. April 1993 im Zusammenhang mit Bosnien hingewiesen. Die Argumente sind immer noch die gleichen:

Die grossen Staaten und Internationalen Organisationen sind nicht in der Lage, unabhängig von politischen Ueberlegungen, humanitäre Aktionen zu schützen. Wie lange brauchte es, um endlich etwas für Bosnien zu tun. Dabei steht bei dem Abkommen von Dayton der Schutz humanitärer Aktionen gar nicht im Vordergrund. Es ging um eine politische Lösung, von der heute jeder weiss, dass sie kaum von Dauer sein kann. Das Morden der hilflosen Zivilbevölkerungen könnte morgen wieder losgehen. Und so ist es überall. Nachdem Mitterand

seinen „éclat“, seine Schau, in Ruanda gemacht hatte, sind die Franzosen wieder abgezogen. Und das Morden geht weiter. Solche Beispiele gäbe es noch viele - bald ist keine Ecke unserer Welt davon verschont.

Der internationalen Staaten-Gemeinschaft, aber auch den grossen Politischen Organisationen, wie die UNO, die Nato, die OSZE, die EU, sind die Hände aus völkerrechtlichen Gründen und politischen Rücksichten gebunden. „Der militärische Schutz der Zivilbevölkerung sei ein Eingriff in innerstaatliche Verhältnisse“ wird uns Ende des 20. Jahrhunderts, trotz einer von den meisten Staaten unterzeichneten Menschenrechtskonvention, an den Kopf geworfen. Nicht einmal die 60 000 Mann starke IFOR im ehemaligen Jugoslawien darf reine Sicherheitsaktionen zum Schutze der Zivilbevölkerung durchführen. Das sei Sache der Polizei - welcher oder was für einer Polizei fragt man sich zu Recht.

Wie dem auch sei, die Situation ist nach wie vor beschämend! Wann endlich wird die internationale Staatengemeinschaft erkennen, dass humanitäre Hilfsaktionen dringend einen wirksamen militärischen Schutz benötigen. Dazu braucht es ein international anerkanntes neutrales Schutz-Korps, das unabhängig von irgendwelchen politischen, diplomatischen und anderen Ueberlegungen, berechtigt sein sollte, jedesmal dann einzugreifen, wenn es um den Schutz einer international anerkannten Hilfsaktion geht.

Anfangs 1993, als es um die Erhaltung der Schweizer Armee ging, gaben sich viele Schweizer der Hoffnung hin, gleich wie seinerzeit die Rotkreuz-Idee in unserem Lande entstand, könnte für das nächste Jahrtausend eine neue Rotkreuz-Idee geboren werden: Ein neutrales, unabhängiges, apolitisches Rotkreuz-Korps zum Schutze humanitärer Aktionen, vielleicht später einmal zum Hüter der minimalsten Menschen-rechte. Eine starke

Schweizerarmee könnte zusammen mit allen anderen Staaten, die an die Rotkreuz-Idee glauben, entsprechend ausgebildete Eliteeinheiten zur Verfügung stellen.

Als Utopie wurde damals diese Idee von der obersten IKRK-Leitung, ihrem Präsidenten Cornelio Sommaruga höchst-persönlich, abgelehnt. Zudem sei sie unvereinbar mit dem apolitischen und neutralen Statut des IKRK. Die Gegenfrage dazu wäre, zu was denn dieses Statut überhaupt noch nützlich sei, wenn die humanitären Aktionen immer mehr in eine Sackgasse geraten und die Rotkreuz-Helfer schutzlos dahingemordet werden?

Ein unabhängiges Rotkreuz-Korps hätte beispielsweise gegenüber einer IFOR den Vorteil, dass es sich um eine permanente Institution handeln würde. Natürlich müsste diese von der Staatengemeinschaft und den grossen Internationalen Organisationen anerkannt und ausdrücklich mit dieser Aufgabe betraut werden. Ihr apolitischer Charakter würde darin bestehen, dass sie das Recht hätte jederzeit, und ohne irgend eine vorherige Ermächtigung im Einzelfall, zum Schutze einer ebenfalls anerkannten humanitären Aktion, wie zum Beispiel diejenigen des IKRK, tätig zu werden.

Mit der Zeit könnte diese Korps den gleichen Grad der Anerkennung als politisch neutral erreichen, wie das IKRK. Besonders wenn es gelingt die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auf humanitärem Gebiet zu fördern und zu festigen. Dazu bräuchte es einen besseren, weniger politisierten Zusammenhalt zwischen den bestehenden nationalen Rotkreuzorganisationen. Staaten, die eine solche Zusammenarbeit ablehnen, sollte humanitäre Hilfe nur gewährt werden, wenn sie im Einzelfall ausdrücklich die Präsenz des Rotkreuz Korps akzeptieren.

Wenn der 4. Juni 1996 von der Schweiz zum Anlass genommen

würde, ernsthaft die Idee eines permanenten, unabhängigen Rotkreuz- Schutz Korps, eventuell im Rahmen der OSZE unter dem Vorsitz von Bundesrat Flavio Cotti, zu lancieren, dann wäre dies eine würdige Aktion zum Gedenken an all diejenigen humanitären Helfer, die in den letzten Jahren weltweit zu tausenden im Dienste der Rotkreuz-Idee gefallen sind...

Orig.Text 13.Juni 96, publ. bz 13.Juli 96

Unsere Ja- und Nein-Sager : Wer ist wirklich was?

Antwort auf Frank A. Meyer im Sonntagsblick

Unlängst wurde uns brutal ins Gesicht geworfen, die Schweiz sei depressiv, auf dem besten Wege zum Selbstmord.

Die Diagnose sei klar: Weil die Schweizer zu allem Nein sagen, angefangen von den Blauhelmen, dem freien Personenverkehr, der von Brüssel geforderten Zulassung von 40-Tonnen Lastwagen, ganz allgemein zur EU und zur Uno, sagen sie auch Nein zu sich selbst (so nachzulesen in der Kolumne von Frank A. Meyer im Sonntags-Blick vom 30. Juni 1996). Nachgedoppelt wurde in einer Fernsehsendung über die Armee, wonach die Schweiz nur überleben könne, wenn sie in ein europäisches Sicherheitssystem integriert werde. Wir müssten dann nicht mehr, so Meyer, die heute uns Mühe machenden Entscheidungen treffen; die anderen würden dann sagen, wieviele Panzer, was für Waffengattungen und wieviele Soldaten wir haben dürfen und wie wir sie einzusetzen hätten.

Konfrontiert mit solchen Meinungen kann man verständlicherweise depressiv werden. Die Frage ist nur: Wer? Die angeprangerten Neinsager oder die Vertreter solcher Meinungen. Bei näherem Zusehen dürften es vielleicht eher sie sein, die von den Interessen der Schweiz aus gesehen falsch liegen. Dazu einige Beispiele.

Bei dem, weltweit gesehen, grössten prozentualen Anteil von Ausländern, bei einer rasch wachsenden Arbeitslosigkeit, einer allzu freiheitlich gehandhabten und deshalb stark missbrauchten Ausländerregelung sollte es eigentlich jedermann einleuchten, dass auch die Schweiz den Ausländer-Zustrom massiv abbremsen muss. Für die Schweiz stellt sich auch noch die Frage, ob es

wirklich der humanitären Grundlage des Asylrechts entspräche, den Forderungen von Brüssel nachzugeben, das heisst die EU-Angehörigen zum Nachteil derjenigen Völker und Länder zu privilegieren, für deren Angehörige die Zuflucht zu uns der einzige Weg zu einem menschenwürdigen Dasein ist. Nicht nur blosser Geldverdienst.

Ein kategorisches Nein zu den Forderungen aus Brüssel wäre letztlich ein ebenso entschiedenes Ja zur humanitären Tradition der Schweiz.

Kürzlich bekanntgegebene Untersuchungen zeigen, dass die für die ganze Welt gefährliche Luftverschmutzung (Ozon-loch) in erster Linie auf den Lastwagenverkehr (Diesel-antrieb) zurückzuführen ist. Zudem ist in den Alpentälern die Zirkulation der Luft schwieriger und damit die Luftverschmutzung gefährlicher.

Nein zu noch mehr EU Lastwagen-Verkehr ist ein Ja zu einer umweltfreundlichen, qualitativ lebensfähigen Schweiz. Zudem ist die Bereitschaft, mit äusserst kostspieligen Tunnelbauten die Verlegung des EU- Güterverkehrs von der Strasse auf die Bahn zu ermöglichen, ein weit in die Zukunft blickendes Ja zu Europa...

Unser Land in ein europäisches bzw. westliches Sicherheitssystem einbinden zu wollen, entspricht sicher nicht den Realitäten. Zu was die Nato-Bürokratie fähig ist, haben wir in Bosnien gesehen. Vor allem aber, und der bekannte Militär-Publizist Däniker hat dies an der besagten Fernsehsendung deutlich gesagt, sind die Bedürfnisse heute anders. Es gehe um den Schutz der Inneren Sicherheit eines Landes vor neuartigen Gefahren, wie das weltweit organisierte Verbrechertum, Subversive Aktionen, Terrorismus, Aufruhr und soziale Wirren usw. Dazu eigne sich eine Miliz-Armee am besten, weil sie jederzeit landesweit einsatzbereit sei.

Zur europäischen Integration unserer Armee Nein zu sagen, ist

somit ein Ja zu einer bewährten schweizerischen Tradition, die nur in eigener Autonomie erhalten werden kann.

Mit Recht stellt Frank A. Meyer die wirtschaftlichen Probleme in den Vordergrund. Diese werden aber weder bei uns noch bei anderen Ländern durch eine Art Resignation, Pessimismus und mangelndem Selbstvertrauen verursacht. Vielmehr ist es der grundlegende Strukturwandel unserer Industriegesellschaft: Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt, welcher mit der in den letzten Jahren explosionsartig entwickelten modernen Informatik (Digitalik) und einer weltumspannenden Kommunikation so kombiniert wurde, dass die menschliche Arbeit in ihrer bisherigen Form überflüssig wird. Zudem macht die „Globalisierung“ der Wirtschaft riesige Investitionen notwendig, führt zu erbitterten Konkurrenzkämpfen, brutalen Rationalisierungs-Massnahmen und dementsprechend hohen Arbeitslosenzahlen.

Diese Probleme stellen sich noch viel akuter in der EU. Als Mitglied würden unsere eigenen Probleme um ein Vielfaches verschärft werden. Umsomehr als Chirac am G 7 - Gipfel trotz all der offiziellen Erklärungen zugunsten kollektiver Aktionen ziemlich deutlich zu verstehen gab, jedes Land müsse natürlich zuerst für sich selber sorgen... Ein Nein zur EU bedeutet unter diesen Perspektiven ein Ja zur Schweiz: Zeit gewinnen, versuchen mit viel Innovation und Unternehmergeist, in gleichwertiger Partnerschaft mit anderen Ländern auf der Welt etwas besseren Chancen zum Überleben zu schaffen. Bereits zeigen sich Ansätze, wie z.B. das Internet, die zu einer Wiederaufwertung der individuellen menschlichen Arbeit führen könnten. Das war schon immer eine Stärke unseres Landes. Aus dem heutigen Pessimismus könnte für die Standhaften und fortschrittlich Denkenden wieder ein Ja zum Mensch als Individuum in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik werden.

Wo kann sich der Mensch als Individuum besser entwickeln, als in einer direkten Demokratie. Ein Ja zu direkter Demokratie ist aber nicht ein Nein zu Europa, sondern nur ein Nein zu der supranational aufgebauten EU. Die gegenwärtig harten Verhandlungen innerhalb der EU im Zusammenhang mit Maastricht zeigen, dass die Neinsager in der Schweiz nicht so falsch lagen als sie 1992 den über den EWR in die EU drängenden Ja-sager ein deutliches Nein entgegenstellten.

Das ewige Ja sagen zu all dem, was die Schweiz in Frage stellt, ist sicher ein Nein zu unserem Lande: Auf jeden Fall ein Nein zu sich selber als Schweizer, etwa nach dem Muster in Sevilla „Suiza non existe „!

Orig. Text vom 7. Juli 96, publ. bz vom 14. Aug. 96

EU-Beitritt: Dem Volk das erste und letzte Wort

Antwort auf Prof. René Rhinow

Der Baselbieter Staatsrechtler und Ständerat Prof. René Rhinow vertrat in seinem "Standpunkt" (bz vom 17. Juli) die Meinung, im demokratischen Prozess habe das Volk "das letzte nicht das erste Wort". Deshalb betrachte er die Volks-initiative "EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk" als "zu-tiefst undemokratisch" und werde sie ablehnen. Für diese klare Stellungnahme ist Rhinow zu danken; er weist damit auf ein Problem, das noch gründlich zu diskutieren wäre. Seinen in vielem zutreffenden Argumenten wäre aber verschiedenes entgegenzuhalten.

Bei normalen wischenstaatlichen Verhandlungen ist bei ihrem Beginn das Endprodukt in keiner Weise vorgezeichnet. Es geht darum, für ein konkretes Problem eine für beide Teile annehmbare Lösung zu finden. In diesen Fällen - und sie machen die grosse Mehrheit zwischenstaatlicher Ab-kommen aus - hat Prof. Rhinow völlig Recht, erst bei Vorliegen der konkreten Ergebnisse vor das Volk zu gehen.

Bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU geht es um etwas ganz anderes: Die EU ist in ihrer Struktur und den Verpflichtungen, die sie für jedes Mitglied beinhaltet, bis ins kleinste Detail bekannt. Von den EWR-, den Gatt- und den bilateralen Verhandlungen her kennen wir diese Verpflichtungen zur Genüge. Zudem sind sie, wie beim Beitritt zu einem Klub, vollumfänglich anzunehmen .

Auf jeden Fall wissen wir schon heute, und die Herren aus Brüssel haben uns das bis zum Ueberdruss eingehämmert, dass im Falle eines Beitritts die auszuhandelnden Modalitäten nichts an den grundlegenden, für die Existenz der EU wesentlichen Mitglieder-Verpflichtungen ändern dürfen: die EU als ein

supranationales Gebilde dürfe in keiner Weise angetastet werden. Ausserdem wäre die EU nicht in der Lage, der Schweiz irgendwelche Konzessionen zur Wahrung ihrer geltenden Verfassungsordnung zu machen.

Es besteht also da von Anfang an ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen zwei voneinander völlig abweichender Rechtsordnungen: zwischen der schweizerischen Rechtsordnung einer direkten Demokratie und der supranational aufgebauten EU. An dieser Tatsache führt auch der Weg noch so ausgeklügelter Anwendungsmodalitäten nicht vorbei.

All das wissen wir bereits heute, haben es beim EWR erfahren und erleben es heute bei den bilateralen Verhandlungen. Es wäre deshalb sinnlos, den Abschluss der Verhandlungen über die Beitritts-Modalitäten abzuwarten um entscheiden zu können, ob, eben als letzter Schritt, damit vor das Volk zu gehen wäre. Wir, das heisst das Stimmvolk, könnten schon heute "en connaissance de cause" entscheiden.

Es bleibt noch die Möglichkeit, dass die laufenden Neuverhandlungen der Maastricht-Verträge einen umfassenden Abbau der Supranationalität zu Tage fördern. Ganz unwahrscheinlich ist das nicht, aber "de facto" würde sich ein solcher Abbau, wenn überhaupt, nur zum Vorteil der Grossen in der EU, "de jure" (auf dem Papier) für die Kleinen, aber sicher überhaupt nicht für "Spätlinge" wie die Schwei, auswirken. Also auch hier können wir bereits heute, weitgehend in Kenntnis der Tatsachen, davon ausgehen, dass wenig Aussichten bestehen, bei allfälligen Beitrittsverhandlungen eine für uns annehmbare Lösung für die Wahrung unserer verfassungsmässigen Ordnung auszuhandeln zu können.

Unter diesen Umständen muss man sich schon allen Ernstes fragen, wozu denn solche Verhandlungen in Gang zu set-

zen seien. Wie dem auch sei, kann dem Stimmvolk nicht das Recht abgesprochen werden, darüber im Sinne eines Vorentscheids abzustimmen und nicht erst wenn wir mit dem "fait accompli" eines umfangreichen Pakets Hunderter von Anwendungsbestimmungen und Modalitäten eines Beitrittsabkommens und all dessen noch viel voluminöseren, schwer überblickbaren Anhängen konfrontiert sind. Umso-mehr als es sich um ein Paket handeln würde, das wie beim EWR, entweder als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen, dessen einzelne Bestimmungen aber nicht mehr negoziabel wären.

Wenn die wahre Demokratie auch in der Schweiz "die Regierung für das Volk und durch das Volk" ist, dann sollte das Volk auch das Recht haben zu entscheiden, ob es überhaupt bereit ist, auf solche Verhandlungen einzutreten. Gleichzeitig wäre dem Volk für den Fall, dass es ja sagt, ein klares Verhandlungsmandat zur Genehmigung zu unterbreiten. Dies würde keineswegs die Tätigkeit der Unterhändler lähmen, sondern die Glaubwürdigkeit ihrer Verhandlungspositionen stärken. In multilateralen Verhandlungen ist diese Transparenz entscheidend. Sie allein ermöglicht das gemeinsame, ehrliche Suchen einer für alle Parteien annehmbaren Lösung. Schliesslich gilt es, bei so wichtigen Verhandlungen die alte Bauernregel "Doppelt genäht hält besser" besonders sorgfältig anzuwenden - auch wenn damit dem Stimmvolk das erste und das letzte Wort zugespielt wird. Schliesslich ist es ja immer noch unser oberster Souverän.

Orig. Text, Aug.96 publ. bz 5.Sept.96

Wetterleuchten am EU - Himmel Misserfolge werden zunehmend sichtbar

Nach aussen wirkt zwar die Europäische Union (EU) noch intakt; nach innen zeigen sich aber Risse, ein gewisses „Aus-einanderdriften“ der Regierungen und führenden Kreise, ein deutlich wahrnehmender Hang zur Revolte beim Volk: Weniger gegen die Idee eines geeinten Europas als gegen den überbordenden supranationalen Dirigismus aus Brüssel.

Der Jahrestag der Churchill-Rede vom 19. September 1946 wird deshalb benützt, um der EU neuen Glanz zu verleihen. Churchill sprach zwar weniger von einem supranationalen Gebilde, als einer von unten nach oben gebauten Union freier, souveräner und einander gleichberechtigter Staaten. Gleich wie de Gaulle wusste er, dass die Völker Europas nie bereit sein werden, auf ihre volle Selbstbestimmung, ihre historisch gewachsene Autonomie, zu verzichten.

Die EU versagt

Jeder noch so überzeugte Befürworter eines starken, geeinten und dem Frieden dienenden Europas muss bei einer einigermaßen nüchternen und unparteiischen Beurteilung zugeben, dass das von Schumann und Monnet konzipierte supranationale System auf jeden Fall bisher wirtschaftlich und sozial weitgehend versagt und politisch noch keinerlei Beweis für seine Funktionsfähigkeit erbracht hat. Dazu nur einige Stichworte:

Die erschreckende Arbeitslosigkeit in der EU (fast das doppelte der offiziell zugegebenen 18 Mio) hat in allen europäischen Ländern zu Mutlosigkeit, Elend, soziale Unrast, politische Wirren, Terror und bereits sehr verbreitete Zukunftsangst bei

jung und alt geführt.

Dazu ein stagnierendes Wirtschaftswachstum, trotz dem grossen Binnenmarkt und riesiger Geschäftsgewinne. Eine mangelnde Konkurrenzfähigkeit in einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft und eine zunehmend massive Abwanderung massgebender Produktions- und Dienstleistungs-Betriebe nach Niedriglohnländern.

Die Illusion mit noch so viel Kompromissen und Schönfärbereien eine wirklich funktionierende, nicht nur von der DM-Mark dominierte Währungsunion herzubringen.

Eine totale Unfähigkeit, die Grundsätze einer einigermaßen „freien“ Marktwirtschaft mit den Anforderungen eines, allerdings in den meisten westeuropäischen Ländern übertriebenen „Luxus“- Wohlfahrts- und Sozialstaats in Übereinstimmung zu bringen - deshalb die staatlichen Defizite ein Ausmass erreichen, das eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung überhaupt verunmöglicht.

Schliesslich ist es nicht gelungen die gemeinsame Grenze gegen den illegalen Zustrom von Personen, Waren und Dienstleistungen abzusichern und eine korrekte Einhaltung der zahllosen Gesetze der Gemeinschaft sicherzustellen.

Wiedererwachen nationaler Gefühle

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hat nicht nur in bezug auf die weltpolitischen Machtverhältnisse grundlegende Umwälzungen gebracht.

Auch das Verhältnis des einzelnen Menschen zum Staat ist einer Neubesinnung oder besser gesagt einer Wiederbesinnung auf grundsätzliche Werte unterzogen worden: Anstatt sich als Zugehöriger eines übergeordneten Staatsverbands oder einer grossen Völker-Gemeinschaft zu sehen, besinnt sich der ehemalige Sowjetbürger wieder auf seine ursprüngliche und ihm angestammte Gemeinschaft. Die Regionalisierung, die Rückkehr

zu immer kleineren staatlichen Gemeinschaften ist in der ehemaligen Sowjetunion heute genau so an der Tagesordnung, wie überall sonst auf der Welt. Nicht nur im ehemaligen Jugoslawien, wo das Auseinanderfallen Bosniens durch die „freien“ Wahlen vom 14. September nicht verhindert, sondern eher noch akzentuiert worden ist, sondern auch im übrigen Balkan, in den mittel- und osteuropäischen Staaten und neuerdings sogar in fast allen Mitgliedstaaten der EU .

Ueberholter Supranationalismus

Schumann und Monnet hatten die europäischen Gemeinschaften zunächst als vollwertiger Partner der USA in ihrem Machtkampf gegen die Sowjetunion konzipiert. Erst an zweiter Stelle stand die Idee damit einen langdauernden “Friedenskitt” zwischen Deutschland und Frankreich sowie den übrigen westeuropäischen Staaten zu schaffen.

Mit dem Wegfall dieser Zielsetzung, dem wieder entschieden in Erscheinung tretenden Alleingang der USA als die heute einzige Weltmacht, hat auch bei allen Europäern die Rückbesinnung auf ihre ursprüngliche staatliche Gemeinschaft begonnen. Nationale Gefühle stehen wieder im Vordergrund: Weniger als Rechtsextremismus, denn als gesunder und bei zunehmendem Versagen des supranationalen Europas als ein notwendig empfundener Patriotismus. Auch wenn krampfhaft versucht wird, besonders der Jugend einzureden, es gäbe gar keine Zukunft ohne ein geintes Europa, ohne das Aufgehen nationaler und patriotischer Empfindungen in einem von findigen EU-Publizisten zusammengebrauten Eurobewusstsein. Genau so, wie es nicht gelungen ist, einen Sowjetmenschen zu schaffen, genau so wird dies auch in bezug auf einen Euromenschen nicht möglich sein!

Das heisst keineswegs, dass im Sinne Churchills oder de Gaulles, die einzelnen Nationalitäten in Europa nicht zusammenarbeiten und sich zu einer grösseren Gruppe unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit und Selbständigkeit zusammenschliessen könnten: Zusammenschliessen aber nicht das Zusammengefasst-Werden durch eine überstaatliche (supranationale) Institution oder durch einen oder eine kleine Gruppe europäischer Staaten. Letzlich wäre das nicht anderes als das, was Napoleon und Hitler versucht haben nur mit dem Unterschied, dass sie es mit der Waffe in der Hand taten, heute dies dank dem Prinzip der Supranationalität auf „friedlichem bzw. nicht-kriegerischem“ Wege allenfalls noch leichter zu bewerkstelligen sein wird.

Enttäuschte Europäer

Solange den Europäern eingeredet wurde, dass Supra-nationale System sei notwendig, um überhaupt mehrere Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen bringen zu können und dieses gemeinsame Vorgehen wirtschaftliche Prosperität, Soziale Ruhe und Sicherheit nach aussen zu gewähren vermöchte, war mancher bereit es mal zu versuchen, auch wenn er die sich heute als berechtigt erweisenden Zweifel hatte.

Wenn nun heute festgestellt werden muss, dass es zwar für gewisse Kreise viel leichter geworden ist, noch grössere Geschäftsgewinne zu erzielen, handkehrum aber die breite Masse des Volkes eher besorgt in die Zukunft zu schauen hat, dann macht sich eine tiefsitzende Unzufriedenheit breit. Diese hat in den letzten Jahren ihren Niederschlag in einer zusehends wachsende Welle von Autonomiebestrebungen gegenüber der Brüsseler-Bürokratie gefunden.

Beispiel: die Creuse

Zur Illustration dieser Geisteshaltung vieler Europäer seien die „Autonomiebestrebungen“ in der Creuse erwähnt. Die Creuse ist ein kleines Departement im „tiefsten“ Südwesten Frankreichs, in der Nähe von Limoges, mit einer vornehmlich landwirtschaftlichen, seit Beginn des Jahrhunderts um die Hälfte geschrumpften Bevölkerung von heute noch knapp 140'000 Einwohner, die vornehmlich von der Vieh-zucht, etwas Industrie (moderne Elektronik) und qualitativ relativ guten handwerklichen Erzeugnissen lebt. Aus Protest gegen den Zentralismus von Paris und Brüssel sind kürzlich in allen öffentlichen Gebäuden die Statuen der Marianne (Freiheitsheldin der französischen Revolution) mit dem Gesicht gegen die Wand gekehrt worden. Erst wenn der Creuse das Statut einer autonomen Zollfreizone und mehr Selbstverwaltung gewährt wird, werde die Marianne wieder ihr Gesicht zeigen. Und wenn nichts passiere, dann könnte man auch, wie die Korsen und Basken, zu Maschinenpistolen, Handgranaten und Sprengstoff greifen...

Risse in der EU

Diese eher humoristische Episode ist bezeichnend für eine Entwicklung in allen EU-Staaten, die gefährlich für die supra-nationale Idee ist. Angefangen hat es mit der, in dieser Schärfe, erstmals ausgesprochenen Drohung Majors, alle Beschlüsse der EU durch das Veto Grossbritanniens solange zu blockieren, bis eine für sein Land befriedigende Lösung in der Frage des Rinderwahnsinn-Embargos gefunden wird. Seither gehören zur Tagesordnung immer brutalere Demonstrationen der französischen Bauern, der Fischer in Spanien und der Bretagne. Neuerdings die Drohungen der Gewerkschaften mit einem heißen Herbst wegen den in den meisten Mitgliedstaaten vorgesehenen massiven Kürzungen der Sozialleistungen, um die staatlichen Defizite den Anforderungen der Währungsunion anzupassen. Noch bedenklicher sind die Risse, die sich in

der EU von der Spitze her, hinter der nach aussen so hoch gespielten Fassade der Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland, zeigen: So ist Bundeskanzler Kohl von Chirac über die Armee reform erst nach vollendeter Tatsache orientiert worden. In Polen lassen sich beide gegeneinander ausspielen. Jeder geht wieder seinen eigenen Weg, verpasst zudem keine Gelegenheit, mit massiven Kürzungen der Beiträge zum EU-Budget zu drohen. Um diesen „Bruderzwist“ ist es schlimmer bestellt als man, in Erinnerung an die Unterwürfigkeit Mitterands, annimmt. Deshalb müssen der Präsident und der Bundeskanzler immer häufiger vor die Medien treten, um wenigstens nach aussen ihre Eintracht zu bezeugen.

Das Kreuz der EU : die Arbeitslosigkeit

Vor allem enttäuscht und erbost ist die Bevölkerung in allen EU-Staaten über die andauernde und wachsende Arbeitslosigkeit. Das Argument, es handle sich um ein strukturelles und nicht durch mangelndes Wirtschaftswachstum bedingtes Problem zieht nicht mehr. Wenn schon alle Nachteile des grossen Binnenmarkt, insbesondere der steigende Konkurrenzdruck für die kleinen Unternehmen, Gewerbe und Handwerk, sowie steigende Steuern zur Finanzierung des zunehmend kostspieligeren Apparats in Brüssel in Kauf zu nehmen seien, dann sollte doch wenigstens etwas dabei für eine bessere Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt heraus schauen. Staatdessen werde dieser Arbeitsmarkt noch durch die Flut legal, insbesondere illegal einreisender und schwarz arbeitender Angehöriger von Drittländern verfälscht.

Die gemeinsame Grenze der EU sei, so ein Bauer aus der Creuse, nichts anderes als ein Emmentalerkäse mit ganz grossen Löchern. Entweder stehlen einem diese Ausländer die wenig verfügbaren Arbeitsplätze durch Dumpinglöhne weg,

belasten die Soziale Fürsorge, sodass für die Einheimischen weniger übrigbleibe, gefährden nicht nur in den grossen städtischen Agglomeratinnen, sondern neuerdings auch auf dem Land die Sicherheit von Leib und Gut der an sich bereits mit Sorgen überhäufteten Bürger. Früher hatte es die eigene Regierung in der Hand, Massnahmen zum Schutze des Arbeitsmarkts zu treffen. Heute würden die Regeln in Brüssel gemacht. Sehr viele Regeln in einer Sprache, die niemand verstehe. Deren Anwendung zudem von niemandem wirklich überwacht werde. Deshalb müsse man selber auf die Strasse gehen, die Lastwagen anhalten und kontrollieren, was alles für Waren aus Drittländern insbesondere dem Osten aber auch dem Balkan und dem Orient illegal nach Frankreich gelangen. Davon habe man nachgerade genug. Wenn die Regierung wegen Brüssel nicht zum Rechten schauen darf, dann werde man es eben selber tun.

Man habe auch genug mit Staaten in der gleichen Gemeinschaft zu sein, die alle Menschenrechte missachten, von der Entwicklungshilfe aus Brüssel, d.h. von den Steuern der anderen Mitgliedstaaten schamlos profitieren und dann auch noch das grosse Wort führen wollen. Da hätten wir Schweizer, so ein befreundeter Bauer aus der Creuse, es besser. Ja, vorausgesetzt unsere Regierung wird von Brüssel aus nicht unter Druck gesetzt, wie das in bezug auf die bei uns bereits so zahlreich zirkulierenden 40 Töner, gleich wie in vielen anderen Dingen, der Fall ist. In dieser Beziehung müssten die Schweizer nicht nur den Bauer aus der Creuse, sondern auch viele ihrer deutschen und österreichischen Freunde, die sie um ihren Alleingang beneiden, enttäuschen!

Aber die Frage steht im Raum: Warum in aller Welt will die Schweizer Regierung, warum drängt es so viele der massgeblichen wirtschaftlichen und politischen Persönlichkeiten in dieses

EU-Gebilde, dessen Funktionsfähigkeit aus den eigenen Reihen ernsthaft in Zweifel gezogen wird ?

Orig. Text 18. Sept. 96, publ. Schweizerzeit 11.Okt.96

Muss denn die Schweiz so schlecht gemacht werden ? Zum Nazi-Raubgold

Seit es die EU und das von ihr hochgejubelte Europäertum gibt, ist für viele an der Schweiz nichts mehr recht. Es wird keine Gelegenheit verpasst, sie zu kritisieren, zu verunglimpfen und lächerlich zu machen. Vorgänge, wie die Nazigold-Affaire, werden weidlich ausgenützt, um die für die Mehrheit der Schweizer noch wichtigen Werte regelrecht „hinzumachen“.

So auch Christoph Gallaz im „Le Matin“ vom 18. September: Die „Helvètes“ von heute würden ebenso wenig von moralischen Grundsätzen inspiriert, wie die Schweiz im letzten Weltkrieg von ihrer Neutralität. Diese sowie unsere Rechtsstaatlichkeit, unsere guten Dienste für den Frieden und humanitären Aktionen, die Uneinnehmbarkeit unseres Landes mit seinen Alpen und den Patriotismus der Schweizer hätten wir nach aussen hochgespielt. In Wirklichkeit sei die Schweiz nichts anderes gewesen als eine Drehscheibe, eine Schleuse für die verschiedensten Machenschaften der kriegführenden Parteien und den Kontakten zwischen ihnen. Ein vom Konflikt verschontes „Paradies“ im Zentrum Europas, das beiden Kriegsparteien erlaubte, ihren Konflikt noch rücksichtsloser auszutragen. Dank dieser von der Schweiz akzeptierten Rolle habe sie überhaupt überleben können. Diese spezifische „shizophrénie suisse“ sich als autonom zu bezeichnen je mehr man seine Prosperität bei den anderen holt, könnte mit ein Schlüssel zur Nazigold-Affaire sein.

Sicher hatten unsere Behörden im letzten Krieg während der Umzingelung durch die Achsenmächte täglich Fragen zu lösen, die unsere Grundwerte in Frage stellten. Aber zu sagen, wie das auch aus der Deutschschweiz zu hören ist, wir hätten unsere Neutralität versilbert, zu den verschiedensten Machenschaften

Hand geboten, freiwillig oder unter Druck als Hehler für das Nazi-Raubgut gehandelt, geht doch viel zu weit .

Zugegeben, unsichere Verhältnisse schaffen trübe, unklare Situationen. Aber es fehlt nach wie vor der Beweis, dass unsere Regierung wissentlich und gezielt unsere Neutralität verletzt hat. Sehr wahrscheinlich gelangte das Nazi-Raubgut in unser Land durch Mittelsmänner und unter dem Schutz des Bankgeheimnisses. Dieses immer wieder angeprangerte Bankgeheimnis, das ja geschaffen wurde, um Flüchtlingen, insbesondere den Juden in Deutschland, eine Chance zu geben, etwas von ihrem Vermögen den Nazi-Raubzügen zu entziehen. Die Ironie des Schicksals will es, dass das, was ihnen helfen sollte, auch von ihren Verfolger ausgenützt wurde. Das genügt aber noch lange nicht, der Schweiz vorzuwerfen, sie habe sich nicht an ihre verfassungsmässig verankerte Rechtsstaatlichkeit gehalten.

Das gleiche gilt inbezug auf den Vorwurf, unsere bewaffnete Neutralität, auf deren Bewährung viele von uns aus der Aktivzeit her stolz sind, soll nur Vorwand zu einem Doppelspiel gewesen sein: Man habe sich mit beiden Parteien in Machenschaften eingelassen, die klar beweisen, dass unsere Führung nie bereit gewesen wäre, das Land zu verteidigen. Uebrigens wäre die Schweiz dazu gar nicht in der Lage gewesen.

Die Tatsache allein, dass wir nicht in den Konflikt verwickelt worden sind, genügt auf jeden Fall nicht, die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz in Frage zu stellen. Es gibt unzählige Beweise dafür, dass der Wehrwille bei den Behörden und dem Volk vorhanden war, auch wenn damit gerechnet wurde, im Endeffekt geschlagen zu werden. Es ging einfach darum, den Preis des militärischen Aufwands für einen Durchbruch der alliierten Front über die Schweiz durch die seit Mitte der dreissiger

Jahre betriebene militärische Rüstung, insbesondere dem von Gallaz belächelten Alpenreduit, so hoch zu schrauben, dass dann Hitler den Durchbruch über Belgien und die Niederlande vorzog. Kann man wirklich allen Ernstes behaupten, er habe die Schweiz verschont, um sein Raubgut bei uns in Sicherheit zu bringen. Dafür gab es auf der Welt noch viel sicherere Orte, nicht zuletzt im Lager seiner Gegner. Zudem musste er bei der Besetzung der Schweiz mit einer weitgehenden, von uns selber vorbereiteten Verwüstung des Verkehrsnetzes, insbesondere der Alpenverbindung zu seinem wackeligen südlichen Achsenpartner rechnen.

Gewiss kann nicht bestritten werden, dass mit fortschreitendem Krieg die Schweiz vermehrt, insbesondere auf humanitärem Gebiet, die oft sehr schwierige und für den aussenstehenden schwer überblickbare Rolle eines unabhängigen Vermittlers zu spielen hatte. Die Schweiz ist vor dieser Aufgabe im Interesse aller Betroffenen nicht zurückgeschreckt, wenn sie auch heute gerade von den Nutzniessern nur mit Undank und Verunglimpfungen belohnt wird.

Das sollte Beweis genug dafür sein, wie Ernst die Rolle eines neutralen, vom Krieg verschonten und dem Frieden dienenden Staat genommen wurde. Dabei ist auch in einem neutralen Staat in den unsicheren Zeiten von Krieg und Chaos, mit Missbräuchen, Erpressung und unlauteren Machenschaften zu rechnen. Zahlreiche Untersuchungen haben aber gezeigt, dass unser Land diese schwierigen Zeit so redlich als möglich überstanden hat. Jedenfalls hat sich unsere bewaffnete Neutralität bewährt, wenn sie auch ihre letzte Probe nicht zu bestehen hatte. Wir sind aber nicht von dieser letzten Probe verschont worden, weil wir uns an den einen oder anderen der kriegführenden Parteien verkauft haben, sondern weil uns beide Parteien, je länger der Krieg dauerte, als unabhängigen Vermittler brauch-

ten. Eine Vermittlung dank der viel Elend und Not, nicht zuletzt auch der jüdischen Flüchtlinge, verhindert werden konnten.

Das sind Tatsachen, die von vielen älteren Schweizern miterlebt worden sind, und für die wir uns nicht in den Dreck ziehen lassen. Trotz den noch nicht näher abgeklärten, sehr wahrscheinlich unerfreulichen Umständen, unter welchen Teile des Nazi-Raubguts in die Schweiz gelangt sind, gibt das niemandem das Recht nun unser Land in Bausch und Bogen zu verurteilen. Man kann diesen Kritikern nur empfehlen, ein von ihnen als so abscheulich empfundenes Land möglichst rasch auf Nimmerwiedersehen zu verlassen.

Orig.Text 23. Sep. 96 publ. bz 2. Nov. 96

Weg von der Strasse - mit oder ohne Brüssel

Kostenwahrheit contra Alpenschutz

In multinationalen Organisationen ist es üblich, unbequeme Fragen durch einen neutral, wissenschaftlich wirkenden Ausdruck, wie die von Brüssel geltend gemachte "Kostenwahrheit" zu ersetzen. So auch in bezug auf die Luftverschmutzung in den Alpen, die durch den rasch wachsenden Nord-Süd-Verkehr von Lastwagen verursacht wird.

Das Thema ist bekannt. Bereits in den 60iger Jahren hatte die Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (OECE) darauf hingewiesen, dass zum Schutz der Umwelt möglichst rasch der Personen- und Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlegen sei.

In der Schweiz war es der frühere Verkehrsminister, Bundesrat A. Ogi, der sich für eine solche Verlegung beim Transit durch die Schweiz stark machte. Zu diesem Zweck befürwortete er das Projekt einer neuen Alpentransversale für den Bahntransport (Neat). Gleichzeitig verlangte er eine Beschränkung bei der Zulassung der zusehends zahlreicheren, immer schwereren, insbesondere der 40 Tonnen Lastwagen. Damit erregte er den Zorn der Herren in Brüssel, insbesondere des heute noch amtierenden Vizepräsidenten der EG bzw. EU-Kommission, Martin Bangemann. Auch die schweizerischen Befürworter eines Beitritts zum EWR bzw. der EU waren nicht sehr erbaut. Nach dem Nein zum EWR vom Dezember 1992 und dem Ja des Schweizervolkes zur Alpeninitiative von 1994, womit das "Weg von der Strasse" verfassungsmässig verankert und dafür eine Frist von 10 Jahren gesetzt wurde, brach dann im In- und Ausland ein Sturm gegen den Alleingang und die "Rückständigkeit" der Schweiz aus.

Als erste Folge und "um die Schweiz gefügig zu machen" (so Bangemann) wurde das von BR Ogi ausgehandelte, bereits unterzeichnete Verkehrsabkommen erneut in Diskussion gestellt. Das zudem noch im Rahmen der sehr schleppend verlaufenden bilateralen Verhandlungen.

Gestritten wird um die Beschränkung der Transittransporte auf der Strasse, insbesondere der "40 Töner", obwohl der Bundesrat dazu durch die Alpeninitiative verpflichtet ist. Die Bereitschaft der Schweiz stattdessen für viel Geld die Neat zu bauen, damit kapazitätsmässig die Verlegung der Transittransporte auf die Schiene zu ermöglichen, wird von der EU eher als selbstverständlich hingenommen. Zwar wird die Notwendigkeit dazu nicht betritten seit man am eigenen Leibe, besonders in den betroffenen Alpenregionen aber auch in den grossen europäischen städtischen Agglomerationen die gesundheitsschädigenden, aber auch ganz allgemein die Gefahren für die Umwelt (Ozonloch) erfahren hat.

Nach wie vor, und trotz dem Einsatz des für den Verkehr zuständigen EU-Kommissars, Neil Kinnock, zugunsten der schweizerischen Thesen, hat die EU bisher ihre starre Haltung nicht geändert. Sogar der stark verwässerte Vorschlag des Bundesrats, die Verlegung der Transporte nicht durch ein Verbot oder eine Kontingentierung, sondern nur durch eine relativ hohe Schwerverkehrs-Abgabe zu bewirken, ist eher lauwarm aufgenommen worden. Dafür manifestiert man grosses Interesse an der Höhe dieser Abgabe: Diese sei, so Brüssel, den effektiven infrastrukturellen Kosten im Sinne einer vollen "Kostenwahrheit" anzupassen. Zudem sei diese mit den anderen EU-Staaten abzustimmen, damit für die Transporteure kein Anreiz entstehe, die Schweiz zu umfahren.

Verständlich, wenn an die Luftverschmutzung gedacht wird.

Schmunzeln darf aber trotzdem, wer sich daran erinnert, wie sehr Herr Bangemann noch 1990 damit drohte, wenn die Schweiz nicht auf die Forderungen der EU eintrete, riskiere sie, umfahren und verkehrsmässig in Europa isoliert zu werden. Heute ist das offenbar umgekehrt - Brüssel besteht auf eine Art "Gleichberechtigung" bezüglich der Luftverschmutzung: die Schweiz soll davon nicht weniger als die EU-Staaten abbekommen bzw. sie soll nicht durch eine höhere Abgabe den Anreiz zu einer Umfahrung schaffen. Eine solche Zielsetzung macht aber eine auf einem gleichen Nenner harmonisierte Abgabe notwendig. Da auf multilateralem Gebiet der gleiche Nenner meistens auch der niedrigste ist, hätte diese in bezug auf eine Verlegung der Strassentransporte auf die Schiene gar keine oder nur eine eher symbolische Wirkung.

Die heute von der EU verlangte "Kostenwahrheit" im Brüsseler-Jargon bedeutet somit nichts anderes als der Verzicht auf einen raschen und wirksamen Umweltschutz. Erst wenn dann einmal die betroffenen Regionen und Bevölkerungen in den EU-Staaten wirklich genug Luftverschmutzung "einkassiert" und dagegen energisch bei ihren Regierungen protestiert haben, ist zu hoffen, man werde dann auch in Brüssel den Mut finden, den schweizerischen Thesen zu einem "Weg von der Strasse" zuzustimmen und mit ihr für eine moderne, vor allem "saubere" Nord-Süd Verbindung zusammen zu arbeiten.

Bis dahin sollten wir Schweizer im Interesse von ganz Europa hart bleiben, den Lastwagenverkehr, mit oder ohne Brüssel, auf ein ökologisch tragbares Ausmass herabschrauben, die Neat bauen, um dann die Strassentransporte ganz auf die Bahn verlegen zu können. Das wäre eine echte Pioniertat für die Zukunft unseres Kontinents.

Orig.Text 30. Nov. 96 publ. bz 6. Dez. 96

Der Glaube an die Schweiz

In der Unabhängigkeit ist die Zukunft

Vorwürfe von aussen, Vorwürfe von innen. Jeder Vorwand ist dafür gut genug. Im Mittelpunkt steht nach wie vor das Nein zum EWR. Im Ausland macht sich eine negative Stimmung gegen das Land breit. Aus den verschiedensten Motivierungen wird versucht, den Glauben des Schweizer-volks an seine Zukunft durch eine geschickt und breit angelegte Verunglimpfungskampagne zu untergraben.

Die Vorwürfe von aussen

Die Angriffe des Auslands sind zum Teil noch irgendwie verständlich:

Da sind einmal die Neider, die das Verschontsein während zweier Weltkriege immer noch nicht überwunden haben. Unannehmbar ist dabei für sie die heute noch bestehende, im Vergleich zu vielen anderen Ländern, relativ hohe Prosperität, Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Das passe nicht zum Zeitalter erhöhter Solidarität.

Neidisch ist mancher auch auf den starken Franken und den Finanzplatz Schweiz. Die noch keineswegs erwiesenen Unregelmässigkeiten im Zusammenhang mit dem "Nazi-Gold" und den jüdischen Guthaben sind für viele der ideale Anlass, um gegen die Schweiz loszuziehen. Entweder, um daraus politisch Kapital zu schlagen, wie der amerikanische Senator d'Amato, oder um einen solventeren "Schuldner" zu finden, als die Nachfolgestaaten der ehemals in Europa vom Nazi-regime beherrschten Länder, vor allem Deutschland, die mittel- und osteuropäischen Staaten. Dabei wird vergessen, dass es im moder-

nen Völkerrecht Grundsätze inbezug auf die Staatensukzession gibt, die besagen, dass dem Nachfolgestaat nicht nur die Vermögenswerte des Vorgängers, wo immer sie sich befinden, sondern auch die Verantwortung dafür allfälligen Gläubigern gegenüber, zu übertragen sind.

Angesichts der relativen, von vielen stark überschätzten Prosperität der Schweiz hat sich im Ausland der Grundsatz entwickelt "die Schweiz kann und soll zahlen" in allem und jedem. Irgendwie als Solidaritätsgeld für die Verscho-nung durch den Krieg und das nachfolgende Elend. So ist für Brüssel selbstverständlich, dass die Schweiz für neue Alpentransversalen, neue Autobahnen für den in alle Richtungen gehenden "Euro"- Verkehr auf der Strasse und der Schiene, aber auch in der Luft, einschliesslich der damit verbundenen Umweltschutzmassnahmen zu zahlen habe.

Aus den gleichen Ueberlegungen heraus soll sich die Schweiz den Millionen von Arbeitslosen in der EU öffnen, für sie sorgen und die entsprechenden sozialen Kosten übernehmen. Schliesslich zahlen die schweizerischen Konsumenten mit einem starken Schweizerfranken eine Mehrwertsteuer, die etwa 1/3 des Durchschnitts in der EU beträgt. Wir trügen ja auch in keiner Weise an die Kosten des neuen Europas bei, weder an das unheimlich wachsende Budget der EU, noch an die teuren Unterstützungs- und Entwicklungsfonds. Das ist wohl einer der Hauptgründe, warum die Behörden der EU der Schweiz ihren Alleingang vorwerfen. Etwas, um das aber die Schweiz von den Bevölkerungen der EU-Staaten beneidet wird. Auch das ist leider nicht dazu angetan, Sympathien zu schaffen.

In einer globalisierten Welt werden die Mammut-Zusammen-schlüsse der grossen schweizerischen Unternehmen gar nicht gerne gesehen. Eine gefährlich Konkurrenz, die zudem mit ihren

“Restrukturierungen” massenhaft Arbeits-lose ausserhalb der Schweiz schafft. Novartis wird für diese unsympathischen wirtschaftlichen Hegemoniebetreibungen der Schweiz als Beispiel angeprangert

Vorwürfe von innen

Am meisten schadet dem Ansehen der Schweiz, das, was im Lande selber alles negative über die Institutionen, die während Jahrhunderten aufgebauten Werte, insbesondere die Neutralität und die direkte Demokratie, leider nur allzu unüberlegt während dem Abstimmungskampf für den EWR und neuerdings bezüglich dem EU-Beitritt gesagt wird. Wenn die Schweizer selber schon sagen die Neutralität sei überholt, die direkte Demokratie funktioniere ohnehin nicht mehr richtig und die Schweizer würden nur ans “Geld-machen” denke und seien nicht bereit, ihren Teil zum Aufbau Europas zu leisten, dann müsse man das im Aus-land glauben. Im Gegenteil, weil der Mensch in der Regel nur einen Teil von dem zugebe, was wirklich zutreffe, müsse es noch viel schlimmer um das Land bestellt sein. Etwa so wie das der bekannte schweizerische Kolumnist, Frank A. Meyer im “Blick” vom 30.Juni 1996 formulierte, wo er die Schweizer als ein Volk bezeichnete, das zu allem Nein sage; und wer zu allem Nein sage, sage auch zu sich selber Nein. Das führe zu Depressionen, die letztlich im Selbstmord (gemeint ist damit wohl der Alleingang) enden könnten.

Leidet die Schweiz an “Sinistrose”?

Wenn mit Sinistrose eine gewisse Ratlosigkeit, mangelnde Zuversicht und Angst vor einer politisch, wirtschaftlich, sozial, insbesondere menschlich und umweltmässig ungewissen

Zukunft gemeint ist, dann ist davon sicher auch in der Schweiz einiges zu spüren. Aber lange nicht in dem Ausmass, wie in den meisten EU-Staaten. Das haben die letzten Wahlen sogar bei den neuen Mitgliedern Schweden, Finnland und Oesterreich deutlich gezeigt.

Auch die kürzlich erfolgten Interpellationen im europäischen Parlament zeigen, wie sehr diese Sinistrose, die uns von Oswald Spengler in seinem Buch über den "Untergang des Abendlandes" anfangs der 20iger Jahr vorausgesagt wurde, bei den bisherigen EU-Mitgliedern schon sehr grosse Schäden angerichtet hat.

Wer zum Beispiel einige Monate pro Jahr in Frankreich verbringt, der kann bestätigen, dass dort das Fass des Ueberdrusses von der Brüsseler-Technokratie am überlaufen ist. Genau so, wie jetzt auch Schweizer Bauern genug haben von dem "Nachahmen" der noch keineswegs in diesem Ausmass als notwendig erwiesenen Massnahmen zur Eindämmung des Rinderwahnsinns. Ebenso die unverständliche Hast, in vielen anderen Gebieten die schweizerische Gesetzgebung, schon jetzt und ohne irgendwelche Gegenleistungen, EU-konform zu machen.

Wo sind die Probleme?

Sicher ist, dass die Sinistrose bei der Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung nicht durch das Nein zum EWR und der EU verursacht wurden. Eher bei den fanatischen Befürwortern eines Beitritts zur EU zu suchen ist. Bei den anderen Schweizern höchstens als eine gewisse Reaktion auf diesen Fanatismus, sowie das Misstrauen und die Spaltung, die dadurch im Lande geschaffen wurde.

Die ersten Anzeichen der Sinistrose in der Schweiz sind eher

auf eine Art Führungslosigkeit, Unsicherheit und übertriebener Vorsicht von Regierung, Verwaltung, Parlament und der “classe politique” zu suchen.

Es fehlt der Mut, dem Ausland gegenüber wieder eine bestimmtere Haltung einzunehmen. Im Inneren des Landes nicht bei jeder Frage, zusammen mit den Medien, die Stimmbürger gegeneinander auszuspielen, sondern zu versuchen, sie in gut eidgenössischer und demokratischer Art auf eine gemeinsame, für alle Parteien tragbare Lösung zu bringen. Vor allem wieder die Verfassung und die Grundrechte des Souveräns zu respektieren und nicht einfach, wie zum Beispiel in bezug auf die Mitarbeit bei der Nato, zu dekretieren, das sei eine Frage, die nicht vor das Volk gehöre. Oder in den bilateralen Verhandlungen mit der EU einmal klipp und klar zu sagen, dass die Schweiz nicht bereit sei, besonders in den Alpenregionen, übrigens gleich wie die Franzosen und Oesterreicher, noch mehr Umweltverschmutzung in Kauf zu nehmen. Zudem könne ein Ueberfluten des Landes mit Ausländern und Flüchtlingen jeder Art, angesichts des in ganz Europa bereits heute prozentual grössten Ausländeranteils, überhaupt nicht in Frage kommen.

Was die Schweizer besonders beunruhigt ist ein stagnierendes Wirtschaftswachstum, eine massive Abwanderung der Industrie, besonders der grossen Unternehmen ins Ausland, zusammen mit dem während Jahren aufgebauten Wissen und Können sowie den entsprechend qualifizierten Arbeitskräften und Kader. Der “brain drain” nach dem letzten Weltkrieg scheint sich zu wiederholen. Nur diesmal wird er von den eigenen Unternehmen mit ihren monopolsüchtigen Zusammenlegungen provoziert. Als Folge davon wachsende Arbeitslosigkeit, ein rückläufiger Konsum, sinkende Exporte und steigende soziale Kosten, die zu einer kaum mehr tragbaren staatlichen Verschuldung führen.

Eine Situation, die den Chefredaktor des “Bilan”, Max Mabillard,

in der Lausanner-Zeitung "Le Matin" die verzweifelte Frage stellen lässt, "Ob wir noch an die Schweiz glauben?". Er bekräftigte diese Frage mit einer Reihe von Angaben, wonach die grossen schweizerischen Unternehmen viel mehr im Ausland als in der Schweiz investieren, dort über 22 000 Arbeitsplätze geschaffen, dafür in der Schweiz 8000 (heute sind es schon viel mehr) eliminiert haben. Dazu steigende Arbeitslosigkeit bei rasch wachsenden Riesen-gewinnen dieser Gross- Unternehmen.

Hoffnungen für die Schweiz?

Die Tatsache, dass es den meisten europäischen Ländern, insbesondere der EU, noch viel schlechter ergeht, ist ein schwacher Trost. Länder wie Frankreich, aber auch Deutschland und fast alle anderen Mitgliedstaaten stehen vor sehr ernsten wirtschaftlichen und finanziellen Problemen. Die soziale Unrast ist bedenklich und das Volk hat auf jeder Stufe, abgesehen von der obersten Schicht der Reichen, buchstäblich "die Nase voll".

Mit einem Beitritt der Schweiz zur EU würden also die Probleme nicht nur nicht gelöst, sondern um ein Vielfaches verschlimmert. Vor allem deshalb, weil die Schweiz im Vergleich zur EU viel kleinere und deshalb leichter überblickbare und kontrollierbare Verhältnisse hat. Das ist ihre einzige Chance. Dazu kommt, dass besonders die Jugend gemerkt hat, wie sehr es heute auf eine polyvalente, auf die neuen Technologien, insbesondere die Biotechnologien und die Informatik/Videotechnik ausgerichtete Ausbildung ankommt; gleichzeitig aber auch die Bereitschaft notwendig ist, in jeder beruflichen Tätigkeit flexibel zu sein, nicht nur an einer Karriere bis zum Pensionierungsalter zu kleben; nicht dem Geldverdienst allein, der zwar bei den kleinen Berufen wichtig ist, sondern einem möglichst selbständigen, sinnvollen und kreativen Tätigsein den Vorzug zu geben.

Wenn berücksichtigt wird, dass in der Schweiz mehr als 2 Millionen Menschen kontinuierlich in Weiterbildung sind, dass die Ausbildungssysteme nunmehr in einen ständigen Anpassungs- und Modernisierungsprozess eingetreten sind, dass prozentual pro Kopf der Bevölkerung am meisten Patente deponiert und für die Forschung immer noch beträchtliche Summen ausgegeben werden, so darf der Glaube in die Zukunft nicht aufgegeben werden.

Zukunft sind die Klein- und Mittelbetriebe

An Stelle der Grosskonzerne, die nur noch an einer weltweiten Beherrschung der Märkte mit den entsprechenden Gewinnen interessiert sind, treten die kleinen und mittleren Unternehmen. Sie entsprechen der ursprünglichen Eigenart schweizerischer industrieller Tätigkeit von spezifisch und individuell auf den Abnehmer angepasster Produkte und Dienstleistungen von höchster Qualifikation und Zuverlässigkeit.

Früher oder später werden die ins Ausland abgewanderten Konzerne entweder unter fremde Beherrschung fallen, sich in ihre Bestandteile auflösen oder vom Gastland in der einen oder anderen Form eliminiert werden. Was dann noch übrig bleibt, wird gerne in die Schweiz zurückkehren und froh sein, dort eine gesunde Infrastruktur vorzufinden. Natürlich unter der Voraussetzung, dass sich alsdann die Schweiz nicht unter dem Druck der fanatischen Befürworter eines EU-Beitritts von diesem Gebilde hat aufsaugen lassen und dort in einen noch infernalischeren Kreislauf von Dislokationen, Zusammenschlüssen und steigenden Arbeitslosen-zahlen hineingerissen worden ist...

In diesem Fall würden die erprobten Werte, wie Unabhängigkeit, Neutralität und direkte Demokratie weitgehend verloren gehen. Dazu würde die Schweiz als Mitglied der EU noch mehr zur Drehscheibe von allerlei internationalen Machenschaften wer-

den. Gerade diese Perspektive ist es, die viele Schweizer beunruhigt, verunsichert und an den Behörden, den Führungskräften in Politik und Wirtschaft, aber auch an den Medien zweifeln lässt. Dazu kommt ein gegenseitiges Misstrauen zwischen den einzelnen sozialen, sprachlichen und religiösen Gruppen, wodurch die Glaubwürdigkeit zu uns selber in Frage gestellt wird.

Wie weiter

Als erstes wäre möglichst rasch durch eine Volksbefragung Klarheit über die Haltung des Soveräns inbezug auf einen EU-Beitritt zu schaffen. Diese Befragung wäre durch ein Gremium zu überwachen, das ebenfalls in einer Volksabstimmung zu bezeichnen wäre und dessen Aufgabe sein sollte, eine objektive Orientierung des Stimmvolkes über die effektiven Verhältnisse in der EU sicherzustellen. Vor allem auch zu zeigen, dass die Schweiz als ein unabhängiges, politisch, wirtschaftlich und sozial gesundes Land mehr zum Aufbau eines neuen Europas beizutragen vermöchte als bei seiner Eingliederung in ein supranationales Gebilde, das im Endeffekt nur von einem oder einer kleinen Gruppe europäischer Grossstaaten beherrscht würde.

Nur auf diese Weise kann die heute fehlende Glaubwürdigkeit der Behörden gegenüber den Stimmbürgern wieder hergestellt werden. Den Medien wären ganz klare Richtlinien für eine unparteiische und sachgerechte Orientierung zu erteilen. Sollte sich das Volk gegen einen Beitritt zur EU entscheiden, dann sollten die Bundesversammlung und der Bundesrat neu bestellt werden. Entscheidet sich das Volk für einen Beitritt, so wären die Bedingungen der Schweiz für einen solchen Beitritt ebenfalls vom Volk, vor Beginn der Verhandlungen, in einem präzise formulierten Verhandlungsmandat festzulegen.

Orig.Text Okt. 96, publ. Schweizerzeit 6. Dez. 96